

Torys melden Arme ab

Die regierenden Konservativen reformieren das Wählerregister in Großbritannien

Christian Bunke, Manchester

Menschen aus armen Stadtteilen nehmen immer weniger an Wahlen teil. Das ist ein europaweites Phänomen. Sie fühlen sich von den Parteien nicht vertreten. Die in Großbritannien regierenden Konservativen wollen diesem Prozess jetzt noch etwas nachhelfen. Sie setzen eine Reform um, durch die bis zu zwei Millionen Bürger aus dem Wahlregister entfernt werden könnten.

Um in Großbritannien wählen zu dürfen, muss man bei der lokalen Stadtverwaltung im Wahlregister eingetragen sein. Dieses Verzeichnis entspricht in etwa der deutschen »Anmeldung des Wohnsitzes«. Das Register ist öffentlich einsehbar. Parteien nutzen es, um potentielle Wähler an der Haustür anzusprechen. Gerichtsvollzieher nutzen es, um Schuldner zu finden. Gerade letzteres ist ein Grund für viele, lieber nicht registriert zu sein.

Derzeit kann eine Person die Meldung für ihren gesamten Haushalt vornehmen. Das soll sich nun ändern. Zukünftig muss sich jeder einzelne selbst melden. Damit soll dem Wahlbetrug ein Riegel vorgeschoben werden.

Es gibt jedoch einen Nebeneffekt: Menschen mit niedrigem Einkommen führen in Großbritannien ein prekäres Leben. Sie leben oft in befristeten Mietverhältnissen. Viele ziehen einmal pro Jahr um, da Mietverträge gekündigt oder die Mieten erheblich erhöht werden.

Deshalb sind bereits jetzt acht Millionen Wahlberechtigte nicht registriert. Ein Fünftel der Bevölkerung hat somit keine Stimme. Besonders junge Menschen und Studierende sind betroffen. Vergangenes Jahr waren nur 47 Prozent aller potentiellen Erstwähler registriert. Dieses Jahr sind es nur 25 Prozent. Wurden bislang beispielsweise alle Bewohner von Studentenwohnheimen automatisch zur Wahl gemeldet, fällt dies durch die Reformen weg.

Ursprünglich war für die Wahlrechtsreform eine Frist bis zum 1. Dezember 2016 angesetzt. Doch Mitte Juli dieses Jahres verlegte die Regierung die Deadline um zwölf Monate nach vorne. Ab Anfang Dezember wird nun die individuelle Registrierung gelten. Wer bis zu diesem Datum nur nach dem alten System registriert ist, also zum Beispiel durch ein Familienmitglied gemeldet worden war, fliegt dann aus dem Register.

Öffentlich vertritt die Regierung die Auffassung, die lokalen Behörden hätten nun genug Zeit gehabt, die Reform zu organisieren. Eine Frist von weiteren zwölf Monaten würde keinen Unterschied machen. Doch es könnte noch eine andere Motivation für die Politik der Konservativen geben.

Denn von 2016 bis 2018 werden die Wahlkreise für das britische Unterhaus neu gezogen. Ziel ist eine Verringerung der Anzahl der Abgeordneten im Parlament. Die Größe der neuen Abstimmungsbezirke soll sich an den Daten orientieren, die ab 1. Dezember im Wahlregister eingetragen sind.

Weil ab diesem Tag aber die Wahlrechtsreform gilt, werden voraussichtlich weniger Wähler im Register stehen

als zuvor. Das wird vor allem die einkommensschwachen Bezirke betreffen. Wohlhabende Gegenden werden indes überrepräsentiert sein. Dies wird sich ebenfalls in der Neuordnung der Wahlkreise niederschlagen: Wo weniger Wahlberechtigte gemeldet sind, wird es weniger Parlamentssitze zu verteilen geben.

Arme Menschen wählen in Großbritannien selten konservativ. Sie wählen entweder gar nicht, oder sie neigen zur Labour Party. Im Zweifel wählen sie auch linke oder rechte Alternativen zum Mainstreamangebot. Diese Optionen liegen nicht im Interesse der Konservativen, die im Ausschluss der Armen eine Chance zur Sicherung ihrer Macht sehen.

Dem möchte in den kommenden Wochen das Momentum-Netzwerk entgegenwirken. Dabei handelt es sich um eine Initiative von Unterstützern des neuen Labour-Parteichefs Jeremy Corbyn. Sie organisieren bis zum 1. Dezember eine Kampagne zur Wahlregistrierung. Doch um damit erfolgreich zu sein, werden sie potentiellen Wählern ein glaubwürdiges und tragfähiges Projekt anbieten müssen.

<http://www.jungewelt.de/2015/11-05/030.php>